



Das Wichtigste  
in Kürze

# Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg



Mit freundlicher  
Unterstützung durch

Baden-Württemberg  
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

| BertelsmannStiftung



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungshinweise informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

# Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg

## Das Wichtigste in Kürze

### Autoren

Georgi Dragolov

Regina Arant

Klaus Boehnke

*Jacobs University Bremen*

Kai Unzicker

*Bertelsmann Stiftung*



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION



Diese Studie wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat im März 2019 ein ressortübergreifendes Impulsprogramm für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschlossen. Unter dem Motto „Na klar, zusammen halt ...“ baut das Programm dabei auf den umfassenden bürgerschaftlichen Strukturen auf und richtet den Blick auf gesellschaftliche Potenziale.

# Inhalt

---

<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>1. Allgemeine Sorge um den Zusammenhalt widerspricht eigenem Erleben</b>	<b>8</b>
<b>2. Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Zeitverlauf stabil</b>	<b>9</b>
Zoom in die Dimensionen	10
Blick in die Regionen	12
<b>3. Soziale Spaltungen: Schwachstellen im Zusammenhalt</b>	<b>14</b>
Risikogruppen	15
Wer muss bei einer Förderung des Zusammenhalts im Blick sein?	17
<b>4. Handlungsfelder: Keine Bruchlinien, aber unterschiedliche Wahrnehmungen</b>	<b>18</b>
Die Handlungsfelder im Einzelnen	18
Zusammenfassung	23
<b>5. Aktive Sozialpolitik beeinflusst Zusammenhalt positiv</b>	<b>26</b>
<b>6. Fazit</b>	<b>28</b>
Weiterführende Literatur und Quellen	29
Literaturtipps	30
Das Programm „Lebendige Werte“	31
Impressum	31



→ Die komplette Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“ ist downloadbar unter: [www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)

# Einleitung

---

Wir erleben zurzeit einen raschen, umfassenden und fundamentalen gesellschaftlichen Wandel, der alle Lebensbereiche betrifft. Ein Ende dieses Veränderungsprozesses ist noch nicht absehbar. Als Folge ist eine allgemeine Stimmung der Verunsicherung und Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt spürbar.

Verschiedene, einander überlagernde Megatrends wirken als Treiber des Wandels: die wirtschaftliche Globalisierung, die in den letzten Jahren noch mal an Tempo zugelegt hat; die Digitalisierung, die als Motor der wirtschaftlichen Entwicklungen wirkt und zugleich alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, Arbeit, Bildung, Medizin, Freizeit und Kommunikationsverhalten umwälzt; schließlich die Migration. Als besonders häufig sichtbares Zeichen der kleiner werdenden Welt nimmt sie im Weltmaßstab zu und wird auch künftig dafür sorgen, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleibt. Dies nicht zuletzt, weil – ein weiterer Treiber – der demografische Wandel den Bedarf an Arbeitskräften hochhält.

Diese Entwicklungen führen in ihrem Zusammenspiel einerseits zu einer immer größeren Vielfalt in der Gesellschaft, die in unterschiedlichen Lebensstilen, Kulturen, Traditionen und auch Religionen zum Ausdruck kommt. Andererseits resultiert aus ihnen eine zunehmend ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Teilhabechancen, die vermittelt werden durch Bildung, Arbeit und politische Partizipation. Dies hängt damit zusammen, dass die skizzierten Entwicklungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen hauptsächlich Chancen darstellen, während sie für andere vor allem neue Herausforderungen mit sich bringen.

## Zusammenhalt vor Ort stärken

Eine Kernfrage unserer Zeit lautet daher: Wie lässt sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Zeiten solch grundsätzlicher Veränderungen bewahren oder, besser noch, stärken? Diese Frage beschäftigt Politik, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit. Aus der empfundenen Verunsicherung ist das Bedürfnis nach wirkungsvollen Maßnahmen erwachsen, die Stabilität und Zuversicht versprechen. Das insbesondere auch deshalb, weil die Stimmung der Verunsicherung zu einer Radikalisierung der Politik, zu einer Enthemenung im öffentlichen Diskurs und zum Erfolg populistischer Akteure geführt hat. Sie können wenig zur positiven Gestaltung der Zukunft beitragen, lassen aber erahnen, dass das Modell der liberalen Demokratie im aktuellen Veränderungsprozess auch scheitern könnte.

Die Bertelsmann Stiftung hat seit 2013 in unterschiedlichen empirischen Studien immer wieder untersucht, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt bestellt ist und welche Faktoren ihn beeinflussen. Hierzu haben wir die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders im internationalen Vergleich, auf nationaler Ebene in Deutschland sowie in ausgewählten Städten in den Blick genommen. Die Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“, deren Kernergebnisse wir hier vorstellen, fokussiert erstmals auf ein Bundesland.

Ein Leitgedanke, der sich aus den Ergebnissen früherer Studien ergab, besagt, dass sich Zusammenhalt vor allem auf lokaler Ebene, im alltäglichen Erleben der Menschen zeigt und auch dort gestärkt werden kann. Politische Interventionen, die dem Zusammenhalt dienen sollen, müssen daher dort ansetzen. Zugleich gilt es, den Zusammenhalt in der Gesellschaft insgesamt im Blick zu behalten. Das heißt, es geht um systematische Interventionen, die jeweils vor Ort wirken, deren Einfluss aber in der Fläche zu

einer Verbesserung der Lebensbedingungen und des Zusammenhalts insgesamt führt.

Denkbar ist eine Vielzahl von Ansatzpunkten für die Stärkung des Zusammenhalts vor Ort. Besonders vielversprechend erscheinen auf der Basis der vergangenen Untersuchungen und der aktuellen Studie Maßnahmen, die sich dem Feld der Sozialpolitik zuordnen lassen und insbesondere dazu dienen, die Teilhabechancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern.

### Die Datengrundlage

Die empirische Grundlage der Studie bilden zwei repräsentative Bevölkerungsumfragen. Im Januar und Februar 2019 hat das Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 1.398 Personen in Baden-Württemberg ab 16 Jahren telefonisch befragt. Um die zeitliche Entwicklung zu untersuchen, wurden zusätzlich Daten aus dem Jahr 2017 herangezogen. Damals hat das ifas Institut für angewandte Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 508 Personen in Baden-Württemberg repräsentativ befragt (bundesweit insgesamt 5.041).

### Was ist Zusammenhalt und wie kann man ihn messen?

Unter Zusammenhalt lässt sich ganz allgemein die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem Gemeinwesen – einer Kommune, einem Stadtviertel oder einem Land – verstehen. Mit dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ steht der Bertelsmann Stiftung ein empirisches Instrument zur Verfügung, um diese Qualität zu messen. Dazu haben wir ein Modell entwickelt, das drei Bereiche mit insgesamt neun Dimensionen von Zusammenhalt umfasst (siehe Schaubild). Ein gutes gesellschaftliches Miteinander ist nach diesem Verständnis gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit der Mitglieder mit ihrem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung.

Die Daten für unser Modell liefern insgesamt 36 Indikatoren. Aus ihnen lassen sich für jede der neun Dimensionen sowie für gesellschaftlichen Zusammenhalt als Ganzes Indexwerte berechnen, die einen Wert von 0 (kein Zusammenhalt) bis 100 (maximaler Zusammenhalt) annehmen können.

→ **Detailliertere Informationen zum methodischen Ansatz:** Bertelsmann Stiftung 2017, zu den theoretischen Grundannahmen auch: Bertelsmann Stiftung 2012 und 2013.

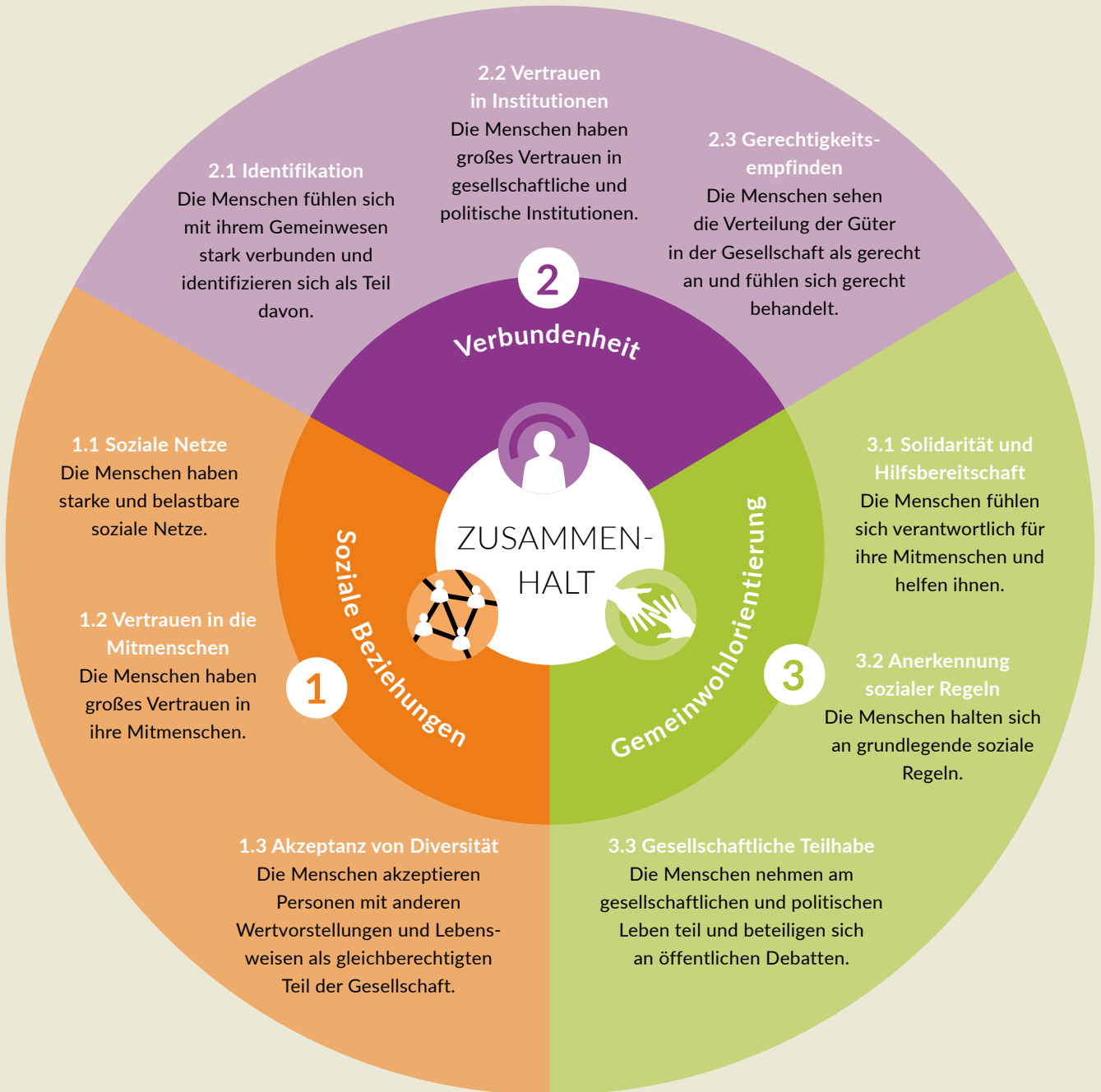
### Fragestellung und Methode der Studie

Die Studie, die wir hier vorstellen, widmet sich drei Kernfragen:

- Erstens geht es darum, die Entwicklung und den aktuellen Zustand des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg zu messen (Kap. 1 und 2).
- Zweitens sollen jene Bevölkerungsgruppen identifiziert werden, die am ehesten aus dem sozialen Geflecht herausfallen oder deren Einbindung in das Gemeinwesen Defizite aufweist (Kap. 3).
- Drittens gilt es zu prüfen, wie sozialpolitische Maßnahmen in ausgewählten Handlungsfeldern mit gesellschaftlichem Zusammenhalt in Verbindung stehen. Untersucht werden hierzu die Bereiche ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, Armutsprävention und die Integration von Geflüchteten (Kap. 4).

In dieser Kurzversion der Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“ präsentieren wir die wichtigsten Analysedaten und Ergebnisse. Die vollständige Studie ist auf der Website des Projekts abrufbar ([www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)).

Messkonzept „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2017

# 1. Allgemeine Sorge um den Zusammenhalt widerspricht eigenem Erleben

Ergänzend zu der objektiven Messung des Zusammenhalts (vgl. Kapitel 2) wollten wir von den Befragungsteilnehmern wissen, wie sie selbst den gesellschaftlichen Zusammenhalt einschätzen. Dieses Stimmungsbild erweist sich als uneinheitlich – abhängig davon, wonach man genau fragt.



Im Kontrast dazu stehen die Antworten auf die Frage, wie der Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend eingeschätzt wird. Schon 2017 bewerteten ihn 70 Prozent der Befragten als sehr gut oder eher gut; nur eine verschwindende Minderheit (vier Prozent) hielt ihn für eher schlecht oder sehr schlecht. 2019 stellen sogar 80 Prozent der Befragten dem Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend ein gutes Zeugnis aus; nur drei Prozent bewerteten ihn als schlecht.

**80%**

Prozent der Menschen bewerten den Zusammenhalt in ihrem Umfeld als gut.

Den Zusammenhalt in Deutschland hielten 2017 insgesamt 76 Prozent der Baden-Württemberger für zumindest teilweise gefährdet, nur knapp ein Viertel der Befragten (24 Prozent) sah dies nicht so. 2019 liegt der Anteil der Menschen, die den Zusammenhalt in Deutschland für zumindest teilweise gefährdet halten, bei 79 Prozent. Das sind drei Prozentpunkte mehr als 2017, während der Anteil derer, die keine Gefährdung erkennen, um vier Punkte auf 20 Prozent gesunken ist.

Diese Ergebnisse lassen erkennen, dass die wachsende Sorge um den Zusammenhalt jedenfalls nicht mit der Wahrnehmung einhergeht, dass sich das soziale Miteinander im eigenen Lebensumfeld verschlechtert hat. Im Gegenteil haben hier die positiven Eindrücke zwischen 2017 und 2019 zugenommen. Daraus kann man schließen, dass die allgemeine Sorge kaum in eigenen Erfahrungen gründet – vermutlich wird sie eher von öffentlichen Debatten und Medienberichten angestoßen.

→ [Detaillierte Daten in der Langfassung der Studie, Kapitel 2.2, Seite 18 - 19.](#)



## 2. Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Zeitverlauf stabil

In der Studie von 2017 wies Baden-Württemberg im Bundesländervergleich mit 63,0 Punkten den zweithöchsten Wert beim Gesamtindex Zusammenhalt auf. Die erneute Messung im Frühjahr 2019 lässt erkennen, dass sich dieser Wert insgesamt nur marginal verändert hat: Er ist um 0,8 Punkte auf 63,8 angestiegen. Das ist zum einen ein Beleg dafür, dass sich das Merkmal Zusammenhalt trotz tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen als relativ stabil erweist – ein Befund auch früherer Studien. Zum anderen macht dieses Ergebnis deutlich, dass die gefühlte Verschlechterung und Gefährdung des Zusammenhalts sich empirisch nicht belegen lässt, im Gegenteil: Das Fundament des Gemeinwesens erweist sich als solide.

### *Das Fundament des Gemeinwesens erweist sich als solide.*

Anders als im Gesamtindex zeigen sich in den Einzeldimensionen durchaus leichte Veränderungen. Fünf Dimensionen weisen höhere, drei niedrigere und zwei gleichbleibende Werte im Zeitvergleich auf. Statistisch signifikant sind aber nur die Zuwächse bei der Akzeptanz von Diversität (+3,5) und der Identifikation (+3,7). Das ist insofern bedeutsam,

#### Sozialer Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Zeitvergleich

Sozialer Zusammenhalt	2017	2019	Differenz	P
<b>Gesamtindex</b>	<b>63,0</b>	<b>63,8</b>	<b>+0,8</b>	
<b>Dimensionen</b>				
1.1 – Soziale Netze	72,5	73,9	+1,4	
1.2 – Vertrauen in die Mitmenschen	57,3	56,4	-0,9	
1.3 – Akzeptanz von Diversität	80,6	84,1	+3,5	***
2.1 – Identifikation	78,0	81,7	+3,7	***
2.2 – Vertrauen in Institutionen	54,6	54,6	±0,0	
2.3 – Gerechtigkeitsempfinden	40,7	39,8	-0,9	
3.1 – Solidarität und Hilfsbereitschaft	50,7	51,0	+0,3	
3.2 – Anerkennung sozialer Regeln	78,1	79,8	+1,7	
3.3 – Gesellschaftliche Teilhabe	54,5	53,3	-1,2	

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen des Gesamtindex Zusammenhalt und dessen Dimensionen, erfasst in den Jahren 2017 und 2019, sowie das Ausmaß der Veränderungen im Zeitvergleich und deren statistische Signifikanz (\*\*\*  $p \leq 0,01$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ).

als beide Themen in den letzten Jahren durch kritische Debatten in den Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten – das gilt vor allem für den Themenkomplex Flucht und Einwanderung, aber auch für die (politische) Renaissance des Heimatbegriffs. Die Ergebnisse unserer Studie weisen darauf hin, dass die Menschen in ihrer Lebenswelt produktiv mit diesen Themen umgehen. Vielleicht lässt sich sogar sagen, dass in der Verbindung von Vielfaltstoleranz und Identifikation ein neues, inklusiveres Verständnis von Heimat aufscheint.

→ [Detaillierte Daten in der Langfassung der Studie, Kapitel 2.2, Seite 19 – 21.](#)

## Zoom in die Dimensionen

Jede der neun Dimensionen in unserem Modell von Zusammenhalt wird aus mehreren Indikatoren gebildet. Insgesamt wurden für die neun Dimensionen 36 Einzelindikatoren herangezogen. Selbst wenn der Wert für eine Dimension im Zeitverlauf stabil ist, kann es sein, dass sich signifikante Veränderungen auf der Ebene der Indikatoren ergeben, die sich im Wert für die Teildimension rechnerisch aufheben und damit nicht mehr sichtbar sind. Ein genauere Blick auf die Indikatoren lohnt daher, weil sie ein differenzierteres Bild davon vermitteln, was die Menschen bewegt.

→ Alle 36 Indikatoren und die Antwortverteilung in der Langfassung der Studie, Kapitel 2.4, Seite 26 - 40.

### Dimension 1.1: Soziale Netze

In dieser Dimension geht es darum, ob die Menschen starke und belastbare soziale Netze haben. Substanzielle Veränderungen gibt es kaum. 2019 berichten aber beispielsweise mehr Menschen von einem mittleren als einem eher großen oder sehr großen Freundeskreis. Der Anteil derer, die außerhalb ihrer Familie Freunde oder Bekannte haben, die ihnen im Notfall 1.000 Euro leihen würden, ist jedoch stabil geblieben und liegt 2017 wie 2019 bei über 70 Prozent.

**42%**

der Baden-Württemberger sind der Ansicht, dass die meisten Menschen gute Absichten haben.

### Dimension 1.2: Vertrauen in Mitmenschen

Das zwischenmenschliche Vertrauen ist stabil, nennenswerte Veränderungen lassen sich nicht erkennen. 2017 sind 41 Prozent und 2019 42 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die meisten Menschen gute Absichten haben, und in beiden Befragungen glaubt eine Mehrheit, dass die Aussage „heutzutage kann man sich auf niemanden verlassen“ nicht stimmt. Vor dem Hintergrund der vergangenen zwei politisch und gesellschaftlich herausfordernden Jahre ist dies beachtenswert.

### Dimension 1.3: Akzeptanz von Diversität

Um herauszufinden, inwieweit Menschen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigt akzeptiert werden, fragten wir insbesondere danach, wie sehr man bestimmte Gruppen als Nachbarn akzeptiert. Veränderungen gibt es hier vor allem in Bezug auf die Gruppe der Homosexuellen: Waren es 2017 noch knapp 14 Prozent, die sie ungern als Nachbarn hätten, sind es 2019 nur noch gut fünf Prozent. Toleranter zeigen sich die Befragten auch gegenüber Menschen mit ganz anderem Lebensstil. Keine signifikanten Veränderungen gibt es in den Einstellungen gegenüber Menschen anderer Religion sowie Migrantinnen und Migranten. Angesichts aktueller einwanderungskritischer Debatten ist das ein überraschend positives Resultat. Insgesamt spiegeln die Ergebnisse eine Zunahme liberaler Einstellungen; vor allem die sexuelle Orientierung scheint für immer weniger Menschen eine Rolle zu spielen.

**93%**

der Befragten haben kein Problem mit Homosexuellen als Nachbarn.

### Dimension 2.1: Identifikation

Wie stark die Menschen sich mit ihrem Gemeinwesen verbunden fühlen, hängt den Indikatoren dieser Dimension zufolge davon ab, welches Gemeinwesen gemeint ist. Deutlich mehr Gewicht kommt offenbar dem Nahbereich zu: So ist der Anteil derer, die sich mit ihrer Region verbunden fühlen, zwischen 2017 und 2019 um neun Prozentpunkte auf 86 Prozent gestiegen. Die Identifikation mit dem Wohnort

**81%**

fühlen sich mit ihrem Wohnort ziemlich oder sehr verbunden.

hat um fünf Prozentpunkte auf 81 Prozent zugenommen, die Identifikation mit der eigenen Nachbarschaft um knapp neun Prozentpunkte auf gut 65 Prozent. Keine Veränderungen gibt es in Bezug auf die Verbundenheit mit dem Bundesland.

### Dimension 2.2: Vertrauen in Institutionen

# 75%

der Menschen in Baden-Württemberg vertrauen der Polizei.

Während das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen insgesamt stabil ist, zeigen sich bei den Einzelindikatoren Verschiebungen. So ist seit 2017 das Vertrauen in regulative Institutionen wie die Gerichte von 48 auf knapp 55 Prozent und die Polizei von knapp 69 auf 75 Prozent deutlich angestiegen. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in den Bundestag als repräsentative Institution gesunken (von 28 auf 23 Prozent). Das entspricht einem Trend, der sich auch in bundesweiten Studien zeigt (Bertelsmann Stiftung 2019).

### Dimension 2.3: Gerechtigkeitsempfinden

# 17%

der Befragten halten die sozialen Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen für gerecht.

Bereits 2017 wies diese Dimension besonders niedrige Werte auf. Das hat sich 2019 nicht verändert. So hält weiterhin nur eine Minderheit die sozialen Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen für gerecht (2017: gut 19 Prozent; 2019: 17 Prozent). Bei den Einzelindikatoren deuten sich Negativtrends an. So gibt es anders als 2017 jetzt eine relative Mehrheit (39 Prozent), die der Aussage widerspricht, dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird (2017: 33 Prozent). Nur noch 24 Prozent der Befragten finden die Rangunterschiede zwischen den Menschen akzeptabel (2017: 28 Prozent).

### Vertrauen in regionale und lokale Institutionen deutlich höher

Um mehr über die Wahrnehmung der regionalen Politik zu erfahren, haben wir zusätzlich zu den Indikatoren der Dimension „Vertrauen in Institutionen“ (die die bundesdeutsche Situation betreffen) Fragen zu Baden-Württemberg sowie der lokalen Verwaltung und der Wahrnehmung von Demokratie insgesamt gestellt. Diese Antworten, die aber nicht in die Berechnung unseres Index eingingen, illustrieren positive Trends: So ist das Vertrauen in die Landesregierung zwischen 2017 und 2019 von 36 auf knapp 41 Prozent gestiegen. Der Anteil derer, die kein Vertrauen haben, ist mit 16 Prozent gleich geblieben. Auch das Vertrauen in den Landtag ist weitgehend unverändert und liegt 2019 bei 33 Prozent – ist damit um zehn Prozentpunkte größer als das in den Bundestag. Die Hälfte aller Befragten vertraut der lokalen Stadt- oder Gemeindeverwaltung. Ebenso stimmen 2019 mit gut 87 Prozent deutlich mehr Menschen als 2017 (knapp 80 Prozent) der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Staatsform ist.

### Dimension 3.1: Solidarität und Hilfsbereitschaft

Im Jahr 2019 glauben mehr Befragte als noch 2017, dass sich die meisten Leute nicht darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Das tatsächliche Verhalten, gemessen an geleisteten Geldspenden und ehrenamtlicher Tätigkeit, widerspricht dieser Einschätzung jedoch. So gibt es ein starkes Plus von acht Prozentpunkten bei der Spendenbereitschaft von 62 auf 70 Prozent und einen leichten Anstieg bei der ehrenamtlichen Tätigkeit von 39 auf knapp 43 Prozent. Diese Verschiebungen weisen auf ein

# 70%

der Baden-Württemberger haben in den letzten zwölf Monaten für eine gute Sache gespendet.

ähnliches Phänomen hin wie beim gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt: Während die Sorge wächst, dass etwas falsch läuft, weisen Erfahrungen und tatsächliches Handeln in eine andere Richtung.

### Dimension 3.2: Anerkennung sozialer Regeln

Die leicht positive Tendenz bei dieser Dimension basiert vor allem auf dem veränderten Antwortverhalten bei zwei Indikatoren. So haben die Befragten den Eindruck, dass es weniger Probleme in ihrer Nachbarschaft gibt (gefragt wurde unter anderem nach Hundekot auf der Straße, falsch parkenden Autos, Ruhestörung und Belästigungen). Zum anderen wird die eigene Nachbarschaft – in der sich 2017 wie 2019 mehr als 90 Prozent der Befragten sicher fühlen – auch nachts als sicherer eingestuft. Zwar sagen immer noch gut 29 Prozent, dass es Gegenden in ihrem Wohnumfeld gibt, in denen sie nachts nicht allein gehen möchten; 2017 waren es aber noch 34 Prozent. Der in der Öffentlichkeit häufiger angesprochene Verlust an Sicherheit wird von den Menschen in Baden-Württemberg demnach so nicht erlebt.

94%

der Befragten fühlen sich in ihrer Wohngegend sicher.

### Dimension 3.3: Gesellschaftliche Teilhabe

Bei dieser Dimension, die die Frage betrifft, inwieweit die Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen und sich an öffentlichen Debatten beteiligen, gab es eine leichte, wenn auch statistisch nicht signifikante Abwärtstendenz. Dieser geringfügige Effekt ist ausschließlich durch den Indikator Politikinteresse bedingt. Gab 2017 noch die Mehrheit (52 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs an, sich eher stark oder

sehr stark für Politik zu interessieren, sind es 2019 nur noch gut 44 Prozent. Genauere Analysen zeigen, dass das verringerte allgemeine Interesse an Politik in erster Linie auf diejenigen Befragten zurückzuführen ist, die sich auf dem politischen Spektrum eher rechts verorten.

44%

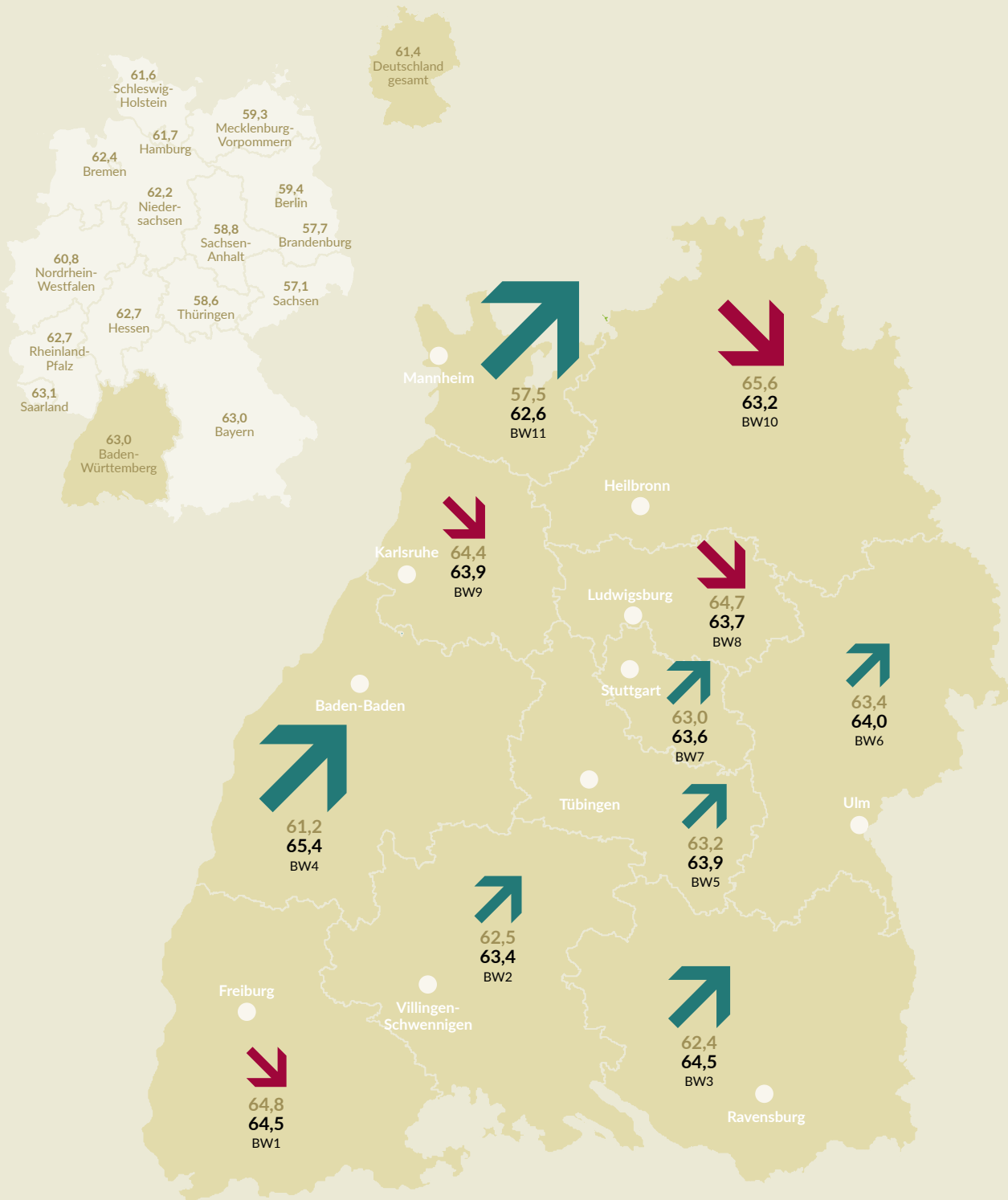
Auf diesen Wert sinkt das Interesse an Politik. Vor allem bei denen, die sich politisch eher rechts einordnen, geht es zurück.

### Blick in die Regionen

Sowohl in der Untersuchung 2017 als auch 2019 haben wir basierend auf den Raumordnungsregionen für elf Regionen gesonderte Zusammenhaltswerte ermittelt. Zeigten sich 2017 durchaus erkennbare regionale Unterschiede, so sind diese 2019 deutlich geringer geworden. Dies liegt hauptsächlich daran, dass in den vormals schwachen Regionen um Baden-Baden sowie im Nordwesten um Heidelberg, Mannheim und den Rhein-Neckar-Kreis die Werte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt signifikant angestiegen sind (+4,2 bzw. +5,1). Damit liegen die Regionen in Baden-Württemberg heute dichter beieinander als noch bei der letzten Messung 2017. Das ist ein weiterer Beleg für einen insgesamt stabilen, durchweg starken Zusammenhalt.

→ [Detaillierte Daten und Analysen zu den Unterschieden zwischen den Regionen in der Langfassung der Studie, Kapitel 2.3, Seite 21 – 24.](#)

### Gesamtindex Zusammenhalt – Vergleich der Regionen in Baden-Württemberg



Die Karte zeigt die Ausprägung des Gesamtindex Zusammenhalt im Jahr 2019 und 2017 in den elf untersuchten Regionen Baden-Württembergs. Die kleine Karte oben zeigt die Werte aus dem Jahr 2017. Mehr dazu in Bertelsmann Stiftung 2017.

### 3. Soziale Spaltungen: Schwachstellen im Zusammenhalt

Das insgesamt gute soziale Miteinander in Baden-Württemberg und seinen Regionen gilt nicht für alle Menschen gleichermaßen. Von politischer Relevanz ist das, sofern es – jenseits des subjektiven Empfindens Einzelner – soziale Gruppen gibt, die im Gesamtindex sowie einzelnen Dimensionen niedrigere Werte aufweisen und damit einen schwächeren Zusammenhalt erleben als andere. Mit anderen Worten: Es geht darum herauszufinden, ob es in Baden-Württemberg Anzeichen für soziale Spaltungen gibt und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese Spaltungen verlaufen.

Um objektive Faktoren zu erhalten, die Auskunft über die soziale Lage der Befragten geben, haben wir insgesamt acht Merkmale aus der Befragungsstudie genutzt: Geschlecht, Alter, Lebensweise (Single, Partnerschaft mit und ohne Kinder, Alleinerziehende), Wohnortgröße, Bildungsgrad, Einkommensschicht, Gesundheit (Vorliegen chronischer Erkrankungen oder nicht) und Migrationshintergrund.

Mithilfe dieser Merkmale lassen sich verschiedene soziale Gruppen unterscheiden. Um zu messen, ob es zwischen ihnen Unterschiede in der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gibt, braucht man jedoch einen Vergleichsmaßstab. Deswegen haben wir aus jeder Merkmalsgruppe eine Kategorie ausgewählt, die als Ankerpunkt für den Vergleich mit den anderen Kategorien dieser Gruppe dient. Auf diese Weise entstand eine Referenzperson sozusagen aus der Mitte der Gesellschaft (siehe Info-Box). Zu prüfen war, ob sich die Durchschnittswerte für den sozialen Zusammenhalt beziehungsweise seine Dimensionen für diese Person von den Durchschnittswerten etwa von Frauen, chronisch Erkrankten oder Einkommensreichen unterscheiden.

→ [Detaillierte Daten und Analysen: Langfassung der Studie, Kapitel 3, Seite 41 – 63.](#)

#### Soziale Spaltung: Was ist damit gemeint?

Von einem Anzeichen sozialer Spaltung lässt sich immer dann sprechen, wenn Menschen unterschiedlicher sozialer Gruppen, also etwa junge und alte Menschen, Frauen und Männer, das Ausmaß des sozialen Zusammenhalts in ihrem Gemeinwesen deutlich unterschiedlich – stärker beziehungsweise schwächer – erleben.

#### Vergleichsmaßstab Referenzperson

- männlich
- mittleres Alter (31 bis 64 Jahre)
- ohne Migrationshintergrund
- nicht an einer chronischen Erkrankung leidend
- in einer Partnerschaft mit Kindern lebend
- wohnhaft in einer mittelgroßen Stadt
- abgeschlossene berufliche Ausbildung
- zur oberen Mittelschicht gehörig

### Zusammenfassung der Unterschiede zwischen sozialen Gruppen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dessen neun Dimensionen

	Index	D1.1	D1.2	D1.3	D2.1	D2.2	D2.3	D3.1	D3.2	D3.3
<b>Geschlecht</b> VS. MANN										
Frau	-			+			-		-	-
<b>Alter</b> VS. 31-64 JAHRE										
16-30 Jahre			+	+	-	+	+	-		
65+ Jahre	+	-			+	+	+	+	+	+
<b>Gesundheitszustand</b> VS. NICHT CHRONISCH KRANK										
Chronisch krank	-	-	-		-	-	-	-	-	
<b>Lebensweise</b> VS. PARTNER MIT KIND(ERN)										
Single					-			-		-
Partner ohne Kinder			+	+		+	-		-	
Alleinerziehend	-	-			-					
<b>Migrationshintergrund</b> VS. KEIN MIGRATIONSHINTERGRUND										
Migrationshintergrund	-	-	-	-			+	-	-	-
<b>Wohnort</b> VS. MITTELSTADT										
Landgemeinde	+		+					+	+	
Kleinstadt		-							+	
Großstadt	-	-			-		-	-	-	
<b>Bildung</b> VS. ABGESCHLOSSENE BERUFSAUSBILDUNG										
Niedriger				+						-
Studium	+		+	+	-	+		+		+
<b>Einkommenschicht</b> VS. OBERE MITTELSCHICHT										
Einkommensarme	-	-		-					-	-
Untere Mittelschicht					+		-	+		
Einkommensreiche							+			+

Die Tabelle fasst die Ergebnisse aus den durchgeführten multiplen Regressionsanalysen zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den betrachteten sozialen Gruppen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dessen Dimensionen zusammen. Signifikante Abstände der jeweiligen sozialen Gruppen zur Referenzperson sind mit einem + bzw. - gekennzeichnet, je nachdem, ob die Werte höher oder niedriger ausfallen.

## Risikogruppen

Der Blick auf den Gesamtindex zeigt: Tatsächlich differiert der Grad des erlebten Zusammenhalts in Baden-Württemberg zwischen den untersuchten Gruppen. Die Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Lebensweise, Migrationshintergrund, Wohnort, Bildungsniveau und Einkommenschicht sind signifikant; gleichwohl handelt es sich überwiegend um geringe Differenzen. Im Vergleich zu Befragten mittleren Alters erleben die Älteren zum Beispiel einen leicht stärkeren Grad des Zusammenhalts (plus 2,6 Punkte). Von einer starken sozialen Spaltung kann man deshalb zunächst nicht sprechen.

Aber die Analyse zeigt auch, dass es Risikogruppen gibt, die ein weniger starkes soziales Miteinander erleben als andere.

---

*Von einer starken sozialen Spaltung kann man zunächst nicht sprechen. Aber es gibt Risikogruppen, die ein weniger starkes soziales Miteinander erleben als andere.*

---

# 56%

der chronisch Kranken halten die sozialen Unterschiede in unserem Land für eher ungerecht.

---

**Chronisch Kranke:** Rund ein Drittel der Befragten hat angegeben, chronisch krank zu sein. In dieser auf den ersten Blick überraschend großen Gruppe sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit mittlerer Bildung und relativ geringem Einkommen etwas stärker repräsentiert als in der Gesamtstichprobe. Chronisch Kranke erleben in sieben von neun Dimensionen und im Gesamtindex den gesellschaftlichen Zusammenhalt als schwächer als unsere gesunde Referenzperson. Ihre sozialen Netze sind kleiner und sie haben weniger Vertrauen in Mitmenschen. So ist von den chronisch Kranken nur jeder Dritte der Ansicht, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, während es unter den nicht chronisch Kranken 47 Prozent sind. Auch das Vertrauen in Institutionen ist geringer und chronisch Kranke identifizieren sich weniger mit dem Gemeinwesen. Sie sind selbst weniger engagiert für andere, nehmen mehr soziale Probleme wahr und ziehen die Gerechtigkeit in der Gesellschaft eher in Zweifel. Beispielsweise hält unter ihnen eine Mehrheit (56 Prozent) die sozialen Unterschiede in unserem Land für eher ungerecht, während es unter den nicht chronisch Kranken knapp 44 Prozent sind.

**Menschen mit Migrationshintergrund:** Rund ein Viertel der Befragten ist entweder selbst eingewandert oder hat mindestens einen Elternteil, der eingewandert ist. Diese Gruppe weist in sechs der neun Dimensionen geringere Werte auf. So sind alle Teildimensionen in den Bereichen „Soziale Beziehungen“ und „Gemeinwohlorientierung“ schwächer ausgeprägt – interessanterweise aber nicht im Bereich „Verbundenheit“. Auch der Gesamtwert für Zusammenhalt ist geringer. Beispielsweise ist unter den Menschen mit Migrationshintergrund der Anteil derer höher, die niemanden haben, der ihnen im

# 35%

der Menschen mit Migrationshintergrund meiden nachts bestimmte Gegenden, wenn sie allein sind. Im Rest der Bevölkerung sind es knapp 28 Prozent.

---

Notfall 1.000 Euro leihen würde (19 versus knapp 14 Prozent in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund). Gut 14 versus sieben Prozent sagen, dass es heutzutage niemanden gibt, auf den man sich verlassen kann. 35 versus knapp 28 Prozent kennen Gegenden in der unmittelbaren Nachbarschaft, in die sie nachts nicht alleine gehen möchten.

**Frauen und Alleinerziehende:** Frauen erleben generell einen schwächeren gesellschaftlichen Zusammenhalt als Männer. Insbesondere empfinden sie die Gesellschaft als ungerechter und sehen mehr soziale Probleme in ihrem Umfeld – das gilt vor allem für die Anerkennung sozialer Regeln. So meiden 38 Prozent der Frauen bestimmte Gegenden in ihrer Nachbarschaft, wenn sie allein sind; unter den Männern sind es nur 20 Prozent. Darüber hinaus ist die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen geringer. Während sich unter den Männern eine Mehrheit (58 Prozent) stark oder sehr stark für Politik interessiert, sind es unter den Frauen knapp 32 Prozent. Dazu passt, dass Alleinerziehende – die mehrheitlich Frauen sind – einen geringeren Zusammenhalt erleben. In diesem Fall kommen noch eingeschränkte soziale Netze und eine geringere Identifikation mit dem Gemeinwesen zum Tragen.

# 32%

der Frauen interessieren sich für Politik. Unter den Männern sind es 58 Prozent.

---

**Einkommensarme:** Rund zwölf Prozent der Befragten zählen zu den Einkommensarmen, das heißt, sie verfügen über weniger als 60 Prozent des Medianwerts des Haushaltsäquivalenzeinkommens. Einkommensarme weisen einen insgesamt geringeren Wert für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Sie verfügen über weniger ausgeprägte soziale Netze und sind für Vielfalt weniger offen. So ist unter den Einkommensarmen der Anteil derer höher, die Homosexuelle nicht als Nachbarn akzeptieren (elf versus drei Prozent in der oberen Mittelschicht und vier Prozent unter den Einkommensreichen). Ebenso erleben Einkommensarme in ihrem Umfeld eher soziale Probleme (Anerkennung sozialer Regeln) und ihre gesellschaftliche Teilhabe ist weniger stark. Beispielsweise interessieren sich in der niedrigsten Einkommensklasse 34 Prozent stark oder sehr stark für Politik, während es unter den Einkommensreichen fast 67 Prozent



sind. 37 Prozent der Einkommensarmen sind Mitglied in einem Verein, in der höchsten Einkommensklasse sind es gut 63 Prozent.

# 37%

der Einkommensarmen sind Mitglied in einem Verein. Unter den Einkommensreichen sind es gut 63 Prozent.

**Menschen in Großstädten:** In Baden-Württemberg zeigt sich, dass insbesondere Menschen, die in Großstädten leben, im Vergleich zu Einwohnerinnen und Einwohnern aus Landgemeinden oder Klein- und Mittelstädten einen deutlich geringeren Zusammenhalt erleben. Ihre sozialen Netze sind kleiner, sie nehmen in ihrem Umfeld mehr soziale Probleme (Anerkennung sozialer Regeln) wahr und erleben die Gesellschaft als ungerechter. So widersprechen fast 68 Prozent der Großstädter der Aussage, dass die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland gerecht verteilt sind; in den Landgemeinden sind es zehn Prozentpunkte weniger. Hinzu kommt ein geringeres Engagement für das Gemeinwesen (Solidarität und Hilfsbereitschaft): Während in Landgemeinden der Anteil derer, die seltener oder nie einem Ehrenamt nachgehen, bei 45 Prozent liegt, sind es in Großstädten 60 Prozent.

# 60%

der Großstädter gehen selten oder nie einem Ehrenamt nach. Auf dem Land sind es 45 Prozent.

## Wer muss bei einer Förderung des Zusammenhalts im Blick sein?

Damit nicht aus den Schwachstellen des Zusammenhalts manifeste Spaltungen werden, sind Politik und Zivilgesellschaft gleichermaßen gefordert. Eine Förderung des sozialen Miteinanders in Baden-Württemberg sollte vor allem die Inklusion von chronisch Kranken und Einkommensarmen, die Unterstützung für Eltern und die Geschlechtergerechtigkeit beziehungsweise Frauenförderung im Blick haben. Eine

zentrale Aufgabe bleiben zudem die Integration von Zugewanderten und die Verbesserung ihrer Teilhabechancen in allen gesellschaftlichen Bereichen – insbesondere auf dem Feld der sozialen Beziehungen und der Gemeinwohlorientierung. Es empfiehlt sich außerdem, einen Fokus auf das Leben in den Großstädten zu richten. Der Anonymität, die hier offenbar im Gegensatz zu Landgemeinden erfahren wird, lässt sich nur durch die gezielte Stärkung von Quartieren und Nachbarschaften entgegenwirken.

Unsere Analysen zeigen zudem, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht nur von einer Verbesserung der Teilhabechancen derer profitiert, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind. Auch soziale Gruppen mit grundsätzlich gutem Chancenprofil müssen im Blickfeld einer zusammenhaltsbewussten Politik sein. So liegt beispielsweise nahe, die emotionale Bindung Hochgebildeter zu ihrer Region und ihrem Wohnort zu stärken. Dabei handelt es sich um eine soziale Gruppe, die besonders mobil ist und dadurch Lebenschancen verwirklicht. Das verhindert aber einen starken Beitrag zum Zusammenhalt vor Ort, der bei den Hochgebildeten an sich naheliegt, denn sie erleben insgesamt und in vielen Dimensionen einen besseren Zusammenhalt, vertrauen eher Institutionen, zeigen sich solidarischer und hilfsbereiter, nehmen mehr am gesellschaftlichen und politischen Leben teil und sind eher bereit, Vielfalt zu akzeptieren.

Ungenutzt scheint bislang auch das Potenzial von Singles zu sein, sich aktiv für das Gemeinwohl zu engagieren. Als besonders stark erleben dagegen ältere Menschen ab 65 den Zusammenhalt. Hier gilt es, weitere Anreize und Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen, damit die Gesellschaft auch in Zukunft von dieser wichtigen sozialen Gruppe profitiert.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der erlebte Zusammenhalt in der Gruppe der 31- bis 64-Jährigen geringer ist. Das heißt mit anderen Worten: Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs mit abgeschlossener Berufsausbildung, mit Arbeitsplatz und vergleichsweise gutem Auskommen stellen ebenfalls eine Risikogruppe im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Das klingt zunächst paradox, zeigt aber, dass der soziale Zusammenhalt heute nicht nur von den Rändern her gefährdet ist, wo Benachteiligung und Ausgrenzung spürbar sind, sondern auch aus der Mitte der Gesellschaft.

## 4. Handlungsfelder: Keine Bruchlinien, aber unterschiedliche Wahrnehmungen

Im vorausgehenden Kapitel haben wir untersucht, in welcher Weise die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch sozioökonomische Faktoren beeinflusst wird. Nunmehr geht es um die Frage, wie die Menschen in Baden-Württemberg politisches Handeln wahrnehmen, das dazu geeignet ist, den Zusammenhalt zu verbessern – und welche Unterschiede sich hier zwischen verschiedenen sozialen Gruppen auftun.

Bereits in vorausgehenden Studien konnte gezeigt werden, dass für eine Stärkung des Zusammenhalts vor allem solche Maßnahmen relevant sind, die vor Ort, in den konkreten Lebensbezügen der Menschen, Lebensbedingungen und Teilhabemöglichkeiten verbessern. Deswegen betrachten wir hier acht sozialpolitische Handlungsfelder, die auch im Bundesland Baden-Württemberg von Bedeutung sind und das Potenzial haben, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen: ehrenamtliches Engagement, Kinder und Familie, Frauen, Senioren, Pflege, medizinische Versorgung, Armutsprävention und Integration von Geflüchteten.

Zu jedem Handlungsfeld haben wir in unserer Untersuchung gesonderte Fragen gestellt, die in der Regel die Situation im eigenen Wohnumfeld, Veränderungen in den letzten fünf Jahren sowie die Wahrnehmung politischer Maßnahmen betreffen. Neben der Verteilung der Antworten in der Gesamtstichprobe untersuchen wir wie im vorausgehenden Kapitel, inwieweit sich verschiedene soziale Gruppen in ihrem Antwortverhalten unterscheiden. Dafür nutzen wir als Maßstab erneut die Referenzperson (vgl. dazu S. 14). Im abschließenden Kapitel analysieren wir, wie sich die Wahrnehmung sozialpolitischen Handelns und die Ausprägung des gesellschaftlichen Zusammenhalts tatsächlich zueinander verhalten.

→ **Detaillierte Daten und Analysen: Langfassung der Studie, Kapitel 4, Seite 64 – 91.**

### Die Handlungsfelder im Einzelnen

#### **Ehrenamtliches Engagement: Mittlere Altersgruppe hält Förderung für unzureichend**

Laut Freiwilligensurvey des Deutschen Zentrums für Altersfragen haben sich in Deutschland im Jahr 2014 gut 44 Prozent der Deutschen freiwillig engagiert. In Baden-Württemberg sind es sogar vier Prozentpunkte mehr. Das stimmt mit den von uns erhobenen Daten überein, wonach sich gut 45 Prozent der Befragten mindestens einmal im Monat ehrenamtlich engagieren. Die wenigsten Befragten (knapp 17 Prozent) sind der Ansicht, dass sich diese Unterstützung in den letzten fünf Jahren verbessert hat; knapp 18 Prozent glauben, sie habe sich verschlechtert; die Mehrheit (54 Prozent) findet, sie sei gleich geblieben. Ein Blick auf die sozialen Gruppen verschiebt das Bild: So erkennen unter den Älteren (ab 65 Jahren) mehr Menschen eine Verbesserung als eine Verschlechterung (28 versus 15 Prozent). Ähnlich sieht es unter den 16- bis 30-Jährigen aus (17 versus fast neun Prozent). Bei den Personen mittleren Alters ist das Verhältnis umgekehrt: Hier sind 19 Prozent der Meinung, dass sich die Unterstützung für das Ehrenamt verbessert hat; 27 Prozent nehmen eine Verschlechterung wahr. Die Wahrnehmung einer positiven Veränderung ist zudem wahrscheinlicher bei Frauen, Paaren ohne Kinder sowie bei Hochgebildeten. Chronisch Kranke und Menschen auf dem Land nehmen eher eine Verschlechterung wahr.

Mehr als zwei Drittel (knapp 79 Prozent) derjenigen, die selbst ehrenamtlich aktiv sind, fühlen sich ausreichend wertgeschätzt, aber fast die Hälfte (49 Prozent) ist der Ansicht, dass die Unterstützung vonseiten der Politik ungenügend ist. Auch hier spielt das Alter für die unterschiedliche Wahrnehmung eine Rolle: Ältere (ab 65 Jahren) und – statistisch allerdings nicht signifikant – Jüngere sind eher der Meinung, dass die Unterstützungsangebote ausreichen, als die mittlere Altersgruppe. Kritischer gegenüber den Unterstützungsangeboten für ehrenamtliche Tätigkeit äußern sich auch die Befragten mit Migrationshintergrund. In dieser Gruppe fällt die Wahrscheinlichkeit, dass die Unterstützungsangebote als ausreichend wahrgenommen werden, im Vergleich zur Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund um gut 30 Prozentpunkte geringer aus.

### Kinder und Familie: Vor allem Großstädter sehen Mangel bei Unterstützungsangeboten

Wie gut lebt es sich mit Kindern in Baden-Württemberg, wie sieht es mit geeigneten Unterstützungsleistungen vor Ort aus? Die Antworten auf die insgesamt vier Fragen zu diesem Themenbereich vermitteln alles in allem ein optimistisches Bild. Nur drei Prozent der Befragten – von denen knapp 64 Prozent nach eigener Auskunft selbst Kinder haben – geben an, Familien mit Kindern ungern als Nachbarn zu haben. Außerdem sind sich mit 94 Prozent fast alle einig, dass die eigene Wohngegend ein guter Ort ist, um Kinder aufwachsen zu lassen.

# 94%

der Befragten finden, dass die eigene Wohngegend ein guter Ort ist, um Kinder aufwachsen zu lassen.

Allerdings halten 17 Prozent der Befragten die Unterstützungsangebote für Familien mit Kindern in ihrer Wohngegend für nicht ausreichend. Unter denjenigen, die das so sehen, sind eher die 31- bis 64-Jährigen vertreten, also die Altersgruppe, die in ihrem Alltag die Herausforderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf am ehesten erlebt. Ähnlich stark belastet sind chronisch kranke Menschen,

### Wertschätzung allein reicht nicht

335 ehrenamtlich Aktive in der Befragung halten die Unterstützung der Politik für ihr Engagement für unzureichend. Ihre Antworten auf die Frage, was sie sich stattdessen wünschen würden, machen deutlich: Dem Ehrenamt fehlt es weniger an Wertschätzung als an konkreten Unterstützungsleistungen, die die Organisation der Tätigkeiten erleichtern. Folgende Punkte wurden genannt (abgestufte Reihenfolge, in Klammern Anzahl der Nennungen):

- finanzielle Vergütung, Aufwandsentschädigung, steuerliche Vorteile, Erstattung von Fahrt- und Reisekosten, Versicherung (102)
- Urkunden, Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit als berufliches Praktikum oder als berufliche Weiterbildung, Freistellung durch den Arbeitgeber (59)
- technische Unterstützung, Hilfs- und Ausstattungsmittel (49)
- Fort- und Weiterbildung, Schulungen, Seminare (34)
- mehr Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitentscheidung (24)
- mehr gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung (22)
- mehr Mitwirkende (19)
- weniger Bürokratie (15)
- Sonstiges (11)

die die Unterstützung ebenfalls als weniger ausreichend ansehen. Anders die Befragten im Rentenalter: Sie sind in besonderem Maße mit den Angeboten zufrieden. Aber auch der Wohnort macht einen Unterschied, denn im Vergleich zum Leben in einer mittelgroßen Stadt werden auf dem Land und in Kleinstädten die Unterstützungsangebote eher als ausreichend eingeschätzt.

29 Prozent der Befragten glauben, dass sich die Lage für Familien mit Kindern in den letzten fünf Jahren verbessert hat, etwa jeder Zweite (51 Prozent) hat keine Veränderung wahrgenommen und nur gut zehn Prozent sehen eine Verschlechterung. Eine Verbesserung nehmen eher Frauen und ältere Befragte ab 65 Jahren wahr. Im Vergleich zu Menschen, die in

einer Partnerschaft mit Kindern leben, sehen Alleinerziehende eher eine Verschlechterung. Dasselbe gilt für Menschen mit Migrationshintergrund. Am stärksten divergiert die Einschätzung nach Wohnortgröße: In Landgemeinden sind 47 Prozent der Meinung, dass sich die Lage für Familien mit Kindern verbessert hat, in Kleinstädten sind es 38 Prozent, in Mittelstädten und Großstädten hingegen nur 31 beziehungsweise 29 Prozent.

### Frauen: Mehrheit findet, Politik könnte mehr gegen Diskriminierung tun

Dass Geschlechtergerechtigkeit trotz vieler Fortschritte noch kein erledigtes Politikfeld ist, bestätigen die Antworten unserer Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer. Nur gut fünf Prozent sind der Ansicht, dass Frauen überhaupt keine Benachteiligung erfahren. Knapp 20 Prozent glauben, dass sie stark, 56 Prozent, dass sie zumindest etwas benachteiligt werden.

74%

der Frauen sind der Ansicht, dass die Maßnahmen gegen Geschlechterbenachteiligung nicht ausreichen.

Gut 63 Prozent sind der Ansicht, dass die Politik zu wenig gegen die Diskriminierung von Frauen tut. Unter den Frauen sind es knapp 74 Prozent, unter den Männern 57 Prozent, die so denken. Auch Menschen, die an einer chronischen Erkrankung leiden, stimmen überwiegend der Aussage zu, dass Frauenförderungsmaßnahmen der Politik nicht ausreichen. Im Gegensatz dazu halten Singles im Vergleich zu Menschen, die in Partnerschaft mit Kindern leben, die frauenpolitischen Maßnahmen in höherem Maß für ausreichend.

Nur eine Minderheit von acht Prozent glaubt, dass es Gewalt gegen Frauen in der eigenen Wohngegend gibt. Aber immerhin 36 Prozent denken, dass Frauen, wenn auch selten, Belästigung in der eigenen Wohngegend erfahren, und drei Prozent

meinen, dass das häufig geschieht. Die vorhandenen Unterstützungsangebote für belästigte Frauen halten 42 Prozent für nicht ausreichend, 23 Prozent hingegen schon. Vor allem Menschen mit chronischer Erkrankung und Alleinerziehenden genügen die Angebote nicht.

### Senioren: Hohe Zufriedenheit vor allem bei der Zielgruppe selbst

Im Jahr 2018 machte die Altersgruppe 65+ laut statistischem Landesamt rund ein Fünftel der baden-württembergischen Gesamtbevölkerung aus. Durch den demografischen Wandel wird sich ihr Anteil bis 2030 auf schätzungsweise 30 Prozent erhöhen. Umso entscheidender ist, wie gut sich die Politik auf die älter werdende Bevölkerung einstellt. Unsere Befragungsergebnisse lassen ein positives Fazit zu. Die eigene Wohngegend betrachten gut 83 Prozent der Befragten als geeignet für ältere Menschen. Nur neun Prozent glauben, dass sich die Lage der Senioren in ihrem Wohnumfeld verschlechtert hat; hingegen sehen 27 Prozent eine Verbesserung. Überdurchschnittlich stark nehmen diejenigen, die selbst 65 Jahre und älter sind, eine Verbesserung wahr. Gleiches gilt für Menschen, die auf dem Land leben. Lediglich Einkommensarme haben seltener diesen Eindruck: Unter ihnen sehen nur 24 Prozent eine Verbesserung; in der unteren und oberen Mittelschicht sind es 30 beziehungsweise 29 Prozent, während 36 Prozent der Einkommensreichen von einer Verbesserung berichten.

27%

der Befragten meinen, dass sich die Lage für ältere Menschen in ihrer Wohngegend verbessert hat – unter Senioren ist dieser Anteil noch höher.

Zu dieser positiven Einschätzung passt, dass knapp zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) die Unterstützungsangebote für ältere Menschen als ausreichend erachten. Auch hier sind es erneut die Senioren selbst, die dieser Aussage sogar noch stärker zustimmen als die Vergleichsgruppe der Menschen im berufstätigen Alter zwischen 31 und 64 Jahren. Interessant ist, dass auch jüngere Befragte die Unterstützungsangebote in geringerem Maß für ausrei-

chend ansehen. Alleinerziehende und Niedriggebildete sind vergleichsweise stärker der Meinung, dass es ausreichend Unterstützungsangebote für Senioren gibt; chronisch Kranke sind hingegen weniger stark davon überzeugt.

### **Pflege: Skepsis in Großstädten und bei Einkommensarmen, Zuversicht bei Älteren**

Die Pflege ist ebenfalls ein Thema von steigender gesellschaftlicher Relevanz. Das spiegelt sich in den Erfahrungen unserer Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer, von denen immerhin 45 Prozent sagen, dass sie selbst Pflegebedürftige in ihrem Umfeld haben. Die Einschätzungen dieser mehr oder minder direkt Betroffenen interessieren hier natürlich besonders. Vorerst wollten wir aber von allen Befragten wissen, wie sie die Versorgung von Pflegebedürftigen und die Qualität der Pflege einschätzen.

# 71%

der Befragten glauben, dass Pflegebedürftige in der eigenen Wohngegend gut oder sehr gut versorgt werden.

Grundsätzlich glauben fast 71 Prozent der Befragten, dass Pflegebedürftige in der eigenen Wohngegend gut oder sehr gut versorgt werden. Nur 15 Prozent sind der gegenteiligen Ansicht. Ebenfalls nur knapp zehn Prozent der Befragten meinen, dass sich die Qualität der Pflege in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Mehr als jeder Zweite (knapp 57 Prozent) sieht keine Veränderungen, fast 15 Prozent beobachten sogar eine Verbesserung. Zu dieser Gruppe zählen in erster Linie die älteren Befragten – unter ihnen nehmen 25 Prozent eine Verbesserung wahr. Das ist auch deswegen von Bedeutung, weil die Altersgruppe 65+ zugleich häufiger auf Pflege angewiesen ist. Unter den bis 30-Jährigen sind es 19 Prozent, die eine Verbesserung wahrnehmen, in der mittleren Altersgruppe hingegen nur 14 Prozent. Auch Menschen in Partnerschaft ohne Kinder nehmen eher als die Referenzgruppe eine Verbesserung wahr; weniger Verbesserung sehen Großstädter und Einkommensarme.

Von denjenigen Befragten, die Pflegebedürftige in ihrem Umfeld haben, erlebt eine Mehrheit (knapp 58 Prozent) diese in der eigenen Familie, jedoch nur selten im eigenen Haushalt (14 Prozent). Die Qualität der Pflege beurteilt diese Teilgruppe weniger positiv, aber immerhin 62 Prozent derjenigen, die Erfahrungen mit Pflege haben, halten die Qualität für gut oder sehr gut (im Vergleich zu fast 71 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Auch hier sind es wieder die älteren Menschen, die die Pflege überdurchschnittlich positiv bewerten; chronisch Kranke erreichen im Gegensatz dazu unterdurchschnittliche Werte. Außerdem wird aus Sicht von Menschen, die Pflegebedürftige im eigenen Umfeld haben, die Pflege in Landgemeinden besser und in Großstädten schlechter als in mittelgroßen Städten eingeschätzt.

### **Medizinische Versorgung: (Fach-)Ärztmangel auf dem Land trübt positives Bild**

Baden-Württemberg ist ein wohlhabendes Bundesland, was auch in der Einschätzung zur medizinischen Versorgung zum Ausdruck kommt. Krankenhäuser sind für die große Mehrheit der Befragten (fast 97 Prozent) von ihrem Wohnort aus schnell erreichbar. Nur drei Prozent berichten von einem längeren Anfahrtsweg von mehr als 30 Minuten. Allerdings glaubt gut ein Fünftel der Befragten (21 Prozent), dass sich die ärztliche Versorgung in der eigenen Wohngegend in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat; nur 13 Prozent sind der Ansicht, dass sie sich verbessert hat. Überdurchschnittlich häufig nehmen die unter 31-Jährigen (22 Prozent) und Älteren ab 65 Jahren (15 Prozent) eine Verbesserung wahr, während es in der mittleren Altersgruppe nur zehn Prozent sind. Auch Menschen mit Migrationshintergrund sehen eher eine Verbesserung, während Einkommensarme sowie Menschen auf dem Land und in Kleinstädten im Vergleich zu mittelgroßen Städten die Entwicklung weniger positiv wahrnehmen.

Kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen gibt es hingegen bei der Wahrnehmung der hausärztlichen Versorgung in der eigenen Wohngegend. Während insgesamt 77 Prozent sie als gut oder sehr gut bewerten, nimmt gut jeder Fünfte (21 Prozent) Mängel wahr.

---

## *Im Vergleich zu mittelgroßen Städten wird die fachärztliche Versorgung in Großstädten viel positiver eingeschätzt.*

---

Bei der fachärztlichen Versorgung in der Region zeigt sich ein ähnliches Bild: Während drei Viertel der Befragten diese als gut oder sogar sehr gut ansehen, sieht nur knapp ein Viertel Defizite. Allerdings weichen die verschiedenen sozialen Gruppen in ihrer Wahrnehmung stärker voneinander ab: Neben den chronisch Kranken sind Frauen und Einkommensarme weniger von der fachärztlichen Versorgung überzeugt als Gesunde, Männer und Menschen aus der oberen Mittelschicht. Zudem haben auch hier ältere Befragte ein positiveres Bild; Gleiches gilt für Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium. Bedeutsam ist der Wohnort: Im Vergleich zu mittelgroßen Städten wird die fachärztliche Versorgung in Großstädten viel positiver eingeschätzt, während auf dem Land signifikant weniger Menschen von einer guten Versorgung überzeugt sind.

Wissen wollten wir auch, wie die Befragten die Folgen der Digitalisierung für das Gesundheitswesen einschätzen. Bei diesem recht neuen und damit eher unbekanntem Thema zeichnet sich jedoch noch kein klares Bild ab: Fast die Hälfte der Befragten (knapp 45 Prozent) wählt die Antwortoption „Kann ich nicht einschätzen“, was auf einen gewissen Mangel an Informationen bei diesem Thema verweist. Die Mehrheit der restlichen Befragten (36 Prozent) erkennt in einer fortschreitenden Digitalisierung Vorteile, während 19 Prozent mit Nachteilen rechnen.

## **Wirtschaftliche Lage: Subjektive Einschätzung tendenziell besser als objektive Befunde**

Unabhängig von der objektiven Einteilung der Stichprobe in vier Einkommensschichten (nach Maßgabe des monatlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens) wollten wir von den Befragten wissen, wie sie selbst ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage einschätzen. Neun von zehn Befragten ordnen sie als gut oder sehr gut ein; nur zehn Prozent bezeichnen ihre wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht. Objektiv gehören jedoch mehr, nämlich gut zwölf Prozent der Befragten zur einkommensarmen Bevölkerung, die über weniger als 60 Prozent des Medianwerts des Haushaltsäquivalenzeinkommens verfügt. Offenbar wird die Wahrnehmung auch von anderen Faktoren beeinflusst. So ist der Anteil von Menschen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut bezeichnen, niedriger unter Befragten, die an einer chronischen Erkrankung leiden, höher hingegen unter solchen mit Hochschulabschluss. Besonders stark sind die Unterschiede – wie nicht anders zu vermuten – nach Einkommensschicht. Im Vergleich zu Mitgliedern der oberen Mittelschicht schätzen ganz besonders Einkommensarme, aber auch Befragte aus der unteren Mittelschicht ihre eigene wirtschaftliche Lage weniger positiv ein, Einkommensreiche hingegen besser.

# 90%

**der Baden-Württemberger halten ihre eigene wirtschaftliche Lage für gut oder sehr gut.**

---

Diese zu einem Gutteil erwartbaren Ergebnisse bestätigen trotz allem, wo die Risikogruppen zu finden sind, die trotz insgesamt optimistischer Stimmung am ehesten vom allgemeinen Wohlstand abgekoppelt sind. Sichtbar wird auch, welche Rolle Bildung zukommt – neben dem trivialen Kriterium objektiver Reichtum der einzige Indikator für eine positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage.

## Geflüchtete: Große Mehrheit sieht keine Probleme in der eigenen Wohngegend

Im Jahr 2018 machten Geflüchtete 2,2 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland aus. In Baden-Württemberg lag der Anteil mit 1,8 Prozent und 202.725 Schutzsuchenden unter dem Bundesdurchschnitt. In unserer Umfrage wollten wir wissen, ob die Befragten große Probleme mit Flüchtlingen in der Wohngegend erleben. Erfreulicherweise trifft dies auf die große Mehrheit (fast 82 Prozent) nicht zu. Nur sechs Prozent der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer sehen solche Probleme.

# 82%

der Befragten sehen keine großen Probleme mit Geflüchteten in der eigenen Wohngegend.

Im Vergleich zu Menschen mittleren Alters nehmen jüngere und ältere Befragte deutlich seltener große Probleme mit Geflüchteten in der eigenen Wohngegend wahr. Auch ein tertiärer Bildungsabschluss führt dazu, dass die Situation weniger negativ eingeschätzt wird. Hingegen tendieren Menschen mit chronischer Erkrankung und einem niedrigen Bildungsabschluss sowie Einkommensschwache stärker dazu, große Probleme mit Geflüchteten zu sehen.

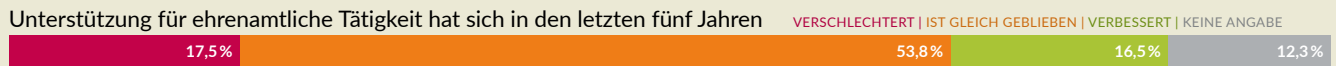
## Zusammenfassung

Während Risikogruppen den gesellschaftlichen Zusammenhalt betreffend recht klar identifizierbar waren, fällt dieser Befund für die sozialpolitischen Handlungsfelder weniger eindeutig aus. In der Summe zeigen sich hier eher interessante bereichsspezifische Einzelbefunde, die auch Hinweise für ein politisches Gegensteuern geben, aber keine gesamtgesellschaftlichen Bruchlinien. Festzuhalten ist, dass chronisch Kranke eine deutlich skeptischere Perspektive aufweisen, Menschen mit Migrationshintergrund bei der Unterstützung des Ehrenamts und dem Angebot für Familien etwas kritischer sind und Frauen die Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung negativer bewerten als Männer. Auf dem Land wird die Versorgung mit Fachärzten beklagt, während in der Stadt die Rahmenbedingungen für die Pflege kritischer gesehen werden.

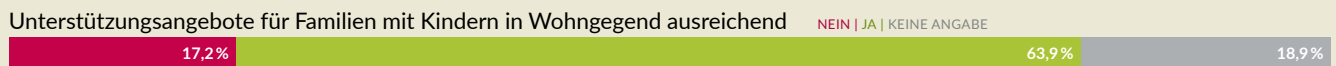
Auffällig ist zudem, dass ältere Bürgerinnen und Bürger (65+) die Maßnahmen mehrheitlich positiv bewerten – gerade auch in Bereichen wie der Pflege und der Seniorenpolitik selbst, die sie als Zielgruppe vorrangig betreffen. Demgegenüber vertritt die mittlere Altersgruppe in fast allen Handlungsfeldern eine kritischere, vielleicht ließe sich auch sagen pessimistischere Wahrnehmung als die Älteren und – nicht immer genauso eindeutig – die Jüngeren: So sind die 31- bis 64-Jährigen mit der Unterstützung des Ehrenamts und von Familie und Kindern unzufriedener, erkennen weniger eine Verbesserung in den Bereichen „Pflege“ und „Medizinische Versorgung“ und sehen eher Probleme mit Geflüchteten in der eigenen Wohngegend. Bereits im vorausgehenden Kapitel zeigte sich ein ähnlicher Abfall in Bezug auf das Erleben des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ergänzend lässt sich hier konstatieren, dass in dieser Altersgruppe, die in der Regel beruflich und familiär besonders unter Druck steht, auch politische Maßnahmen weniger gut greifen beziehungsweise überhaupt wahrgenommen werden.

## Einzelergebnisse zu den acht sozialpolitischen Handlungsfeldern

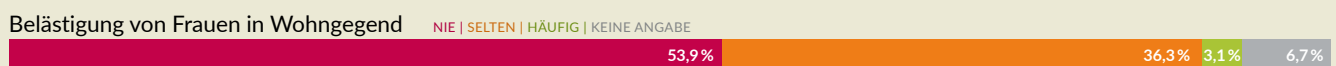
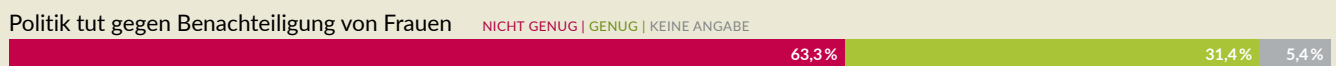
### Ehrenamt



### Wahrnehmung der Lage von Kindern und Familien



### Wahrnehmung der Lage von Frauen



### Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

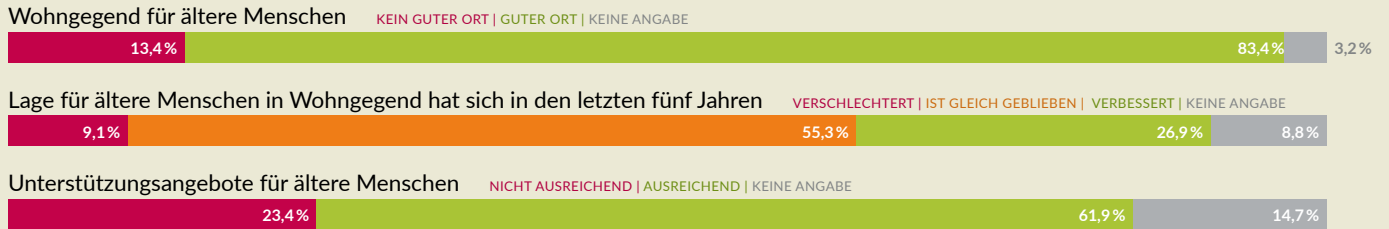


\* Frage bezieht sich nur auf ehrenamtlich tätige Personen (N = 689).

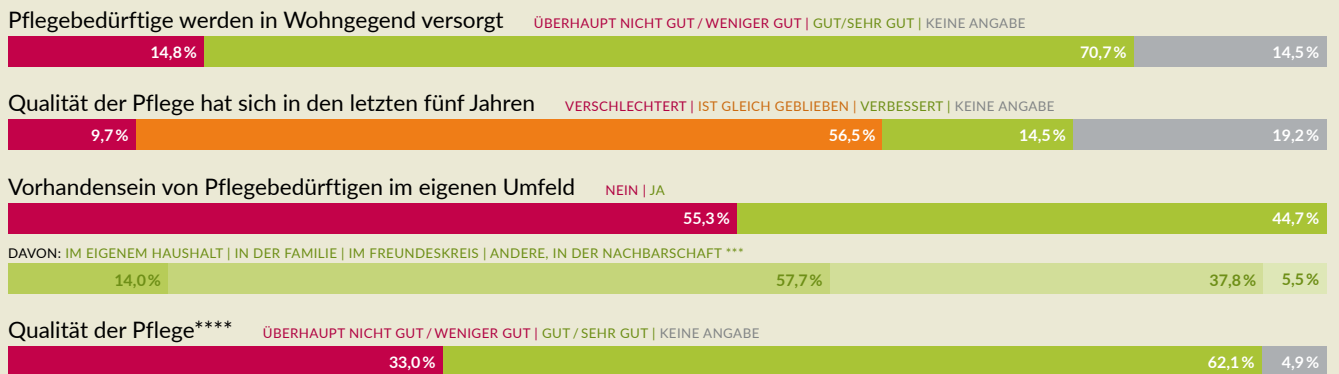
\*\* Frage bezieht sich nur auf Personen, die über Gewalt gegen Frauen in ihrer Wohngegend Bescheid wissen.



## Wahrnehmung der Lage von Senioren



## Wahrnehmung der Lage von Pflegebedürftigen



## Wahrnehmung der Lage der medizinischen Versorgung



## Wahrnehmung von Problemen mit Flüchtlingen



\*\*\* Mehrfachnennung möglich

\*\*\*\* Frage bezieht sich auf Personen, die Pflegebedürftige im eigenen Umfeld haben bzw. kennen (N = 665).

## 5. Aktive Sozialpolitik beeinflusst Zusammenhalt positiv

---

Nachdem wir feststellen konnten, dass es zwischen verschiedenen sozialen Gruppen durchaus Unterschiede in der Wahrnehmung sozialpolitischer Handlungsfelder gibt, steht nun die Frage im Mittelpunkt, ob diese Wahrnehmung politischen Handelns tatsächlich relevant für einen starken Zusammenhalt ist.

Welche politischen Handlungsfelder hängen also mit starkem oder schwachem gesellschaftlichem Zusammenhalt in Baden-Württemberg zusammen? Wir haben dazu mit speziellen Analysen den Zusammenhalt anhand der Wahrnehmung ausgewählter politischer Maßnahmen – stellvertretend ein bis zwei pro Handlungsfeld – ermittelt. Dabei zeigt sich: Die zusammengefasste Wahrnehmung der untersuchten acht sozialpolitischen Handlungsfelder korreliert in einem hohen Maße positiv mit dem Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer Region. Das bedeutet, dass dort, wo sozialpolitisches Handeln in diesen Feldern von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und als positiv eingeschätzt wird, der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker ausgeprägt ist. Dies kann als ein deutlicher Hinweis dafür gesehen werden, dass eine erfolgreiche und spürbare Sozialpolitik einen positiven Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt haben kann – auch über die untersuchten Handlungsfelder hinaus.

Nicht alle acht Handlungsfelder weisen einzeln für sich genommen einen eindeutigen statistischen Zusammenhang mit dem Grad des Zusammenhalts auf. Deutliche und statistisch signifikante Effekte zeigen sich vor allem in drei Maßnahmenbereichen. Je positiver die Befragten die Unterstützung für Familien und die eigene wirtschaftliche Lage bewerten, desto stärker erleben sie auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ähnliches gilt für den Bereich „Flucht“: Je weniger Probleme mit Geflüchteten in

---

*Für einen starken Zusammenhalt in Baden-Württemberg sind derzeit drei sozialpolitische Handlungsfelder zentral: die Unterstützung von Familien, die Armutsprävention und die Integration von Geflüchteten.*

---

der eigenen Wohngegend wahrgenommen werden, umso stärker fällt der Zusammenhalt aus. Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass für einen starken Zusammenhalt in Baden-Württemberg derzeit drei sozialpolitische Handlungsfelder zentral sind: die Unterstützung von Familien, die Armutsprävention und die Integration von Geflüchteten.

**Handlungsfelder lassen sich nicht voneinander trennen**

Allerdings sollten diese Handlungsfelder nicht isoliert betrachtet werden. Die Unterstützung für Familien mit Kindern etwa umfasst viele Themen, die sich auch in anderen Handlungsfeldern wiederfinden. Neben einer gut ausgebauten Kinderbetreuung gehören eine verlässliche medizinische Versorgung mit Früherkennungs- und Frühfördermaßnahmen sowie attraktive schulische und außerschulische Bildungsangebote dazu.

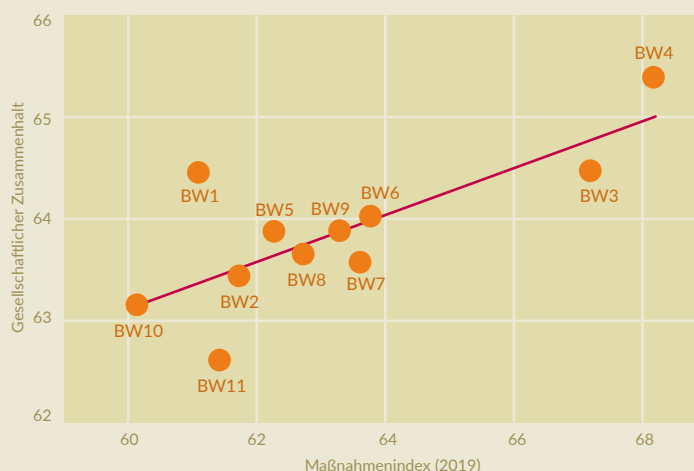
Auch Unterstützungsmaßnahmen für Einkommensarme müssen im größeren Rahmen betrachtet werden. Denn die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage hat nicht nur Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt; Korrelationen zeigen sich auch in sechs der neun Dimensionen. So geht eine positive wirtschaftliche Selbsteinschätzung mit stärkeren sozialen Netzen, höherem interpersonalem und Institutionenvertrauen, einem stärkeren Gerechtigkeitsempfinden, mehr Solidarität und Hilfsbereitschaft und mehr gesellschaftlicher Teilhabe einher. Eine solide wirtschaftliche Lage der Bürgerinnen und Bürger spielt somit in Baden-Württemberg eine Schlüsselrolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bei der Integration von Geflüchteten zeigen sich ebenfalls nicht nur Zusammenhänge mit dem Gesamtindex, sondern auch zu vier Teildimensionen. Wenn Menschen Geflüchtete in ihrem unmittelbaren Umfeld als Problem wahrnehmen, haben sie auch größere Probleme damit, Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft anzusehen. Je geringer die wahrgenommenen Probleme mit Geflüchteten, desto höher ist auch die Akzeptanz von Diversität – ein Ergebnis, das nicht überrascht, aber verdeutlicht, wie wichtig es ist, das nachbarschaftliche Zusammenleben durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen positiv zu beeinflussen. Dies unterstreichen auch weitere Ergebnisse. So ist das Vertrauen sowohl in Mitmenschen als auch gesellschaftliche und politische Institutionen geringer, je mehr Probleme mit Geflüchteten berichtet werden. Gleiches gilt für die Anerkennung sozialer Regeln. Die Wahrnehmung der Situation Geflüchteter im eigenen Umfeld hat somit einen Einfluss auf das Vertrauen und das Sicherheitsempfinden der Menschen. Beides ist essenziell für ein positives Miteinander.

### Maßnahmenindex und Korrelation

Um messen zu können, ob sich das Gesamtpaket an Handlungsmaßnahmen positiv auf den Zusammenhalt in Baden-Württemberg auswirkt, haben wir analog zum Gesamtindex Zusammenhalt einen sogenannten formativen Index aus den acht sozialpolitischen Handlungsfeldern gebildet. Dafür wurden die zugehörigen Fragen so umskaliert, dass die Zustimmung auf einer Skala von 0 (schwächste Zustimmung) bis 100 (stärkste Zustimmung) abge-

### Zusammenhang zwischen dem Maßnahmenindex und dem Gesamtindex Zusammenhalt



— Näherungsweise linearer Zusammenhang / einfache Korrelation: 0,75;  $p \leq 0,01$   
Die Abbildung zeigt den Zusammenhang auf Ebene der elf Regionen Baden-Württembergs zwischen dem Gesamtindex Zusammenhalt (2019) und dem Maßnahmenindex (2019).

| BertelsmannStiftung

*Je geringer die wahrgenommenen Probleme mit Geflüchteten, desto höher ist auch die Akzeptanz von Diversität.*

lesen werden kann. Anschließend haben wir die acht Maßnahmen zu einem Index zusammengefasst, der zum Ausdruck bringt, wie positiv die Wahrnehmung in den acht Handlungsfeldern zusammengenommen ist. Dieser Maßnahmenindex wurde schließlich mit dem Gesamtindex Zusammenhalt auf Ebene der elf Regionen Baden-Württembergs in Beziehung gesetzt. Die Abbildung oben zeigt: Die Korrelation fällt hoch und positiv aus. Je positiver die Gesamtheit der von uns untersuchten handlungspolitischen Maßnahmen von Bürgerinnen und Bürgern in den elf Regionen Baden-Württembergs erlebt wird, desto höher ist vor Ort auch der Zusammenhalt. Besonders hohe Werte auf beiden Indizes weisen etwa Ravensburg (BW3) und Baden-Baden (BW4) auf. Niedrige Werte zeigen sich in der Region um Heilbronn (BW10) sowie in der Region zwischen Rottweil und Konstanz (BW2). Am ehesten aus dem linearen Zusammenhang fallen die Metropolregion Heidelberg, Mannheim, Rhein-Neckar-Kreis (BW11) und die Region um Freiburg im Breisgau (BW1) heraus.

## 6. Fazit

---

Zusammenhalt ist und bleibt ein zentrales Thema (auch) der Sozialpolitik. Er ist der Kitt der Gesellschaft, ein Gradmesser dafür, wie es um die sozialen Beziehungen der Menschen bestellt ist, wie stark sie sich mit ihrem Gemeinwesen – sei es ihrer Nachbarschaft, ihrem Dorf, ihrer Stadt oder ihrer Region – verbunden fühlen und wie sehr sie sich für dieses Gemeinwesen engagieren.

Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass der Zusammenhalt in Baden-Württemberg im Zeitvergleich stabil ist. Auch der quasi gefühlte Zusammenhalt ist gut – jedenfalls wenn damit das direkte Lebensumfeld der Befragten gemeint ist. Dem widerspricht die verbreitete allgemeine Sorge, der Zusammenhalt in Deutschland könnte gefährdet sein.

Veränderungen gibt es bei den Einzeldimensionen von Zusammenhalt; statistisch signifikant sind jedoch nur zwei positive Trends: Die Identifikation mit der Region, dem Wohnort und der Nachbarschaft ist ebenso wie die Akzeptanz von Vielfalt angestiegen. Auf einen insgesamt besseren Zusammenhalt, als es der allgemeinen Stimmung entspricht, verweisen aber auch Einzelindikatoren, etwa in der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“: So hat die Spendenbereitschaft nach dem Bekunden unserer Befragten deutlich zugelegt und die Ehrenamtsquote ist leicht angestiegen. Das insgesamt positive Bild wird getrübt durch die Indikatoren zum Gerechtigkeitsempfinden. So glauben heute weniger Menschen, dass man hierzulande entsprechend seiner Leistung vergütet wird und dass die Rangunterschiede zwischen den Menschen akzeptabel sind.

### Regionale Unterschiede minimal, soziale Risikogruppen manifest

Um ein genaueres Bild von der Landkarte des Zusammenhalts in Baden-Württemberg zu erhalten, haben wir zunächst analysiert, ob es regionale Differenzen

in der Wahrnehmung des sozialen Miteinanders gibt. Hier lautet das Ergebnis: Die 2017 noch erkennbaren Unterschiede sind 2019 deutlich geringer geworden, die Regionen sind zusammengerückt.

Anders sieht es aus, wenn man die sozialen Gruppen in den Blick nimmt. Zwar lässt sich nicht von einer echten sozialen Spaltung sprechen, aber es gibt Risikogruppen, die einen weniger starken Zusammenhalt erleben als andere. Dazu zählen chronisch Kranke, Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen und Alleinerziehende, Einkommensarme und Menschen in Großstädten. Vor allem diesen Risikogruppen muss die Aufmerksamkeit von Politik und Zivilgesellschaft gelten, wenn es um eine Verbesserung des Zusammenhalts geht. Aber auch solche sozialen Gruppen, die üblicherweise weniger im Blickfeld sozialpolitischen Handelns sind, wie etwa Hochgebildete und Singles, sollten nicht ganz außen vor bleiben. Sie könnten einen starken Beitrag zum sozialen Miteinander leisten; allerdings fehlen ihnen dafür offenbar häufig die Anknüpfungspunkte. Hier gilt es, neue, zeitgemäße Lösungen zu finden, die auch die vergleichsweise hohe Mobilität dieser Gruppen respektieren.

Bei der Wahrnehmung der sozialpolitischen Handlungsfelder unterscheiden sich die untersuchten sozialen Gruppen kaum. Aber auch hier zeigt sich, dass chronisch Kranke, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen zumindest in Teilen eine etwas kritischere Wahrnehmung haben. In den Bereichen „Medizinische Versorgung“ und „Pflege“ differenziert

sich der Blick auf Stadt und Land: Während auf dem Land ein Mangel an Fachärzten beklagt wird, sind Großstädter bei der Pflege skeptischer. Wie schon beim Erleben von Zusammenhalt fällt auch bei der Wahrnehmung der politischen Maßnahmen die mittlere Altersgruppe im Vergleich vor allem zu den Älteren ab. Auch dieser Befund sollte zu denken geben: Gerade diejenigen, die sich in der Rushhour des Lebens befinden, beruflich und familiär besonders unter Druck stehen, erweisen sich ebenfalls als Risikogruppe. Eine Schlussfolgerung daraus könnte nicht zuletzt sein, bestehende Maßnahmen, die in vielfacher Weise auch dieser Zielgruppe dienen, besser an sie zu vermitteln.

### Es lohnt sich, in die Regionen zu investieren

Insgesamt lässt sich nachweisen, dass dort, wo sozialpolitisches Handeln ankommt, auch der gesellschaftliche Zusammenhalt größer ist. Beide bedingen sich gegenseitig – es lohnt sich also für die Politik, in die Regionen und deren soziale Infrastruktur zu investieren.

Im Umkehrschluss heißt das: Es lohnt sich auch, genauer hinzuschauen, wo und warum sich Schwachstellen im Erleben von Zusammenhalt auftun. Hier ist neben der regionalen auch die soziale Perspektive zu berücksichtigen. Eine Schnittmenge beider Perspektiven bilden die Großstädter, die wir ebenfalls als Risikogruppe ausgemacht haben. Sie leben in einem Umfeld, in dem die Herausforderungen und Chancen

---

**Eine kluge Sozialpolitik, die der sozialen Segregation entgegenwirkt, Chancengerechtigkeit und Teilhabe unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen verbessert, unterstützt den Zusammenhalt vor Ort.**

---

des Miteinanders in einer vielfältigen Gesellschaft besonders nah beieinanderliegen. Das spiegelt sich auch in unseren Ergebnissen.

Eine kluge Sozialpolitik, die der sozialen Segregation entgegenwirkt, Chancengerechtigkeit und Teilhabe unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen verbessert, unterstützt den Zusammenhalt vor Ort. Das gilt für Großstädte im besonderen Maße, aber heute auch immer mehr für Kleinstädte und ländliche Regionen. Hier, im Lokalen, begegnen sich Menschen, teilen Erfahrungen und üben den Umgang mit Unterschiedlichkeit ein. Hier erleben sie aber auch Ungleichheit und verminderte Chancen ganz konkret. Die Erfassung eines ganzheitlichen Sozialindikators „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sollte deswegen eine bleibende Aufgabe des sozialwissenschaftlichen Monitorings sein und empfiehlt sich als wichtige Basis politischen Handelns.

---

#### Weiterführende Literatur und Quellen

Bertelsmann Stiftung (2012). *Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Ein erster Überblick* (Autoren: David Schiefer, Jolanda van der Noll, Jan Delhey und Klaus Boehnke). Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2013). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt*

*im internationalen Vergleich* (Autoren: Georgi Dragolov, Zsófia Ignácz, Jan Lorenz, Jan Delhey und Klaus Boehnke). Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2016). *Sozialer Zusammenhalt in Bremen* (Autoren: Regina Arant, Mandi Larsen und Klaus Boehnke). Gütersloh.

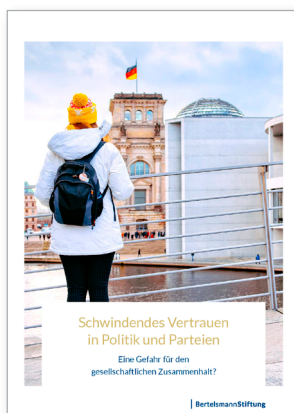
Bertelsmann Stiftung (2017). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017*

(Autoren: Regina Arant, Georgi Dragolov und Klaus Boehnke). Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2019). *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* Gütersloh.

## Literaturtipps

### Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien

### Religionsmonitor

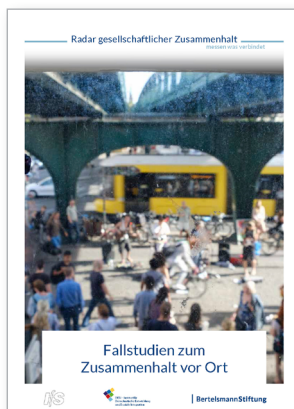


Der Religionsmonitor 2017 – Muslime in Europa

### Wertebildung



Leitlinien für die Wertebildung von Kindern und Jugendlichen



Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort



Zusammenleben in kultureller Vielfalt



Werte lernen und leben

## Das Programm „Lebendige Werte“

Wir widmen uns im Programm „Lebendige Werte“ dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere der Rolle von Religionen und Werten für das Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft. Zu diesen Themen forschen wir und veröffentlichen regelmäßig neue Studien aus dem Religionsmonitor und dem „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Darüber hinaus sind wir mit praktischen Projekten und Methoden in der Wertebildung aktiv und vernetzen Akteure aus der Zivilgesellschaft in unserem Themenfeld.



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Forschungsergebnisse, Studien und Veranstaltungshinweise informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

## Impressum

© November 2019  
Bertelsmann Stiftung,  
Gütersloh

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Str. 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Verantwortlich  
Kai Unzicker

Autoren  
Georgi Dragolov  
Regina Arant  
Klaus Boehnke  
Kai Unzicker

Redaktion  
Gesine Bonnet

Lektorat  
Hartmut Breckenkamp,  
Bielefeld

Gestaltung  
Dietlind Ehlers, Bielefeld

Bildnachweis  
© eyetronic – stock.adobe.com, Getty Images / iStockphoto / franckreporter

### **Adresse | Kontakt**

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Kai Unzicker  
Senior Project Manager  
Programm Lebendige Werte  
Bertelsmann Stiftung  
Telefon +49 5241 81-81405  
Mobil +49 173 5759209  
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

[www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)